

## Protokoll über die Sitzung des Rates

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 23.10.2019  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:25 Uhr  
Ort, Raum: Ratssaal 128

### **Anwesend:**

#### Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

#### Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

#### Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Walter Bokern

Herr Frank Bruns

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Herr Christian Fahling

Frau Margarete Godde

Herr Norbert Hinzke

Herr Ralf Kache

Frau Silvia Klee

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Fabio Maier

Herr Walter Mennewisch

bis TOP 7.7.

Herr Reinhard Mertineit

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

ab TOP 5.

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Konrad Rohe

Herr Lukas Runnebom

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

bis TOP 8.

Herr Holger Teuteberg

Frau Brigitte Theilen

Herr Peter Willenborg

Herr Ali Yilmaz

bis TOP 7.4.

Herr Michael Zobel

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Gleichstellungsbeauftragte Rebecca  
Fischer

Verwaltung

Herr Gert Kühling  
Herr Bernd Kröger  
Frau Cornelia Espelage  
Herr Hermann Theder  
Herr Sebastian Wolke

**Abwesend:**

Ratsmitglieder

Herr Stephan Blömer  
Frau Christina Renner  
Herr Clemens-August Röchte  
Frau Henrike Theilen

**Tagesordnung:****Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.03.2019
3. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.06.2019
4. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.06.2019
5. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
6. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
  - 6.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
    - 6.1.1. Neubesetzung des Ortsbrandmeisters und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne  
Vorlage: 32/002/2019
  - 6.2. Empfehlungen des Bauausschusses
    - 6.2.1. Bebauungsplan Nr. 88 - 6. Änderung für den Bereich "Gewerbegebiet Brägel";
      - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
      - b) Satzungsbeschluss
  - 6.3. Empfehlungen des Finanzausschusses
    - 6.3.1. Veräußerung von Hausgartenflächen am Hopener Waldbach  
Vorlage: 23/006/2019
    - 6.3.2. Beratung des 1. Nachtragshaushalts für das Jahr 2019  
Vorlage: 20/036/2019
    - 6.3.3. Grundstückstausch an der Jägerstraße  
Vorlage: 23/028/2019
7. Anträge, Anfragen und Anregungen
  - 7.1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Bürgerservice-App (Anlage)
  - 7.2. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einwohnerfragestunde (Anlage)
  - 7.3. Antrag der SPD-Fraktion betr. Berichtspflicht (Anlage)
  - 7.4. Antrag der SPD-Fraktion betr. Sozialbericht (Anlage)
  - 7.5. Antrag der SPD-Fraktion betr. Citymarketing (Anlage)
  - 7.6. Antrag der SPD-Fraktion betr. Existenzgründerprogramm (Anlage)

- 7.7. Antrag der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE betr. Erlass einer Baumschutzsatzung (Anlage)
- 7.8. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Kommunalbericht (Anlage)
- 8. Einwohnerfragestunde
  - 8.1. Klimawandel
  - 8.2. Familia-Markt
  - 8.3. Versiegelung von Flächen

**Öffentlich****1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnete die Sitzung und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß durch Einladung vom 15.10.2019 einberufen wurden. Die Tagesordnung zu Teil A der Sitzung wurde öffentlich in der Oldenburgischen Volkszeitung bekanntgegeben. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Zur Tagesordnung beantragte der Sprecher der SPD Fraktion, die Punkte 1.1.1 und 1.1.2 des nicht öffentlichen Teils aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs als einen Tagesordnungspunkt abzuhandeln.

Der Sprecher der Grünen-Fraktion wies auf die unterschiedlichen Beratungsinhalte hin und kritisierte, dass dann über beide Beschlüsse nicht mehr unterschiedlich abgestimmt werden könne.

Ratsvorsitzender Bockstette ließ über den Antrag, die Tagesordnungspunkte gemeinsam in einem abzuhandeln, abstimmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen und die Tagesordnung mit dieser Änderung festgestellt.

24 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

**2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.03.2019****Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

**3. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.06.2019**

Mit E-Mail vom 22.10.2019 wurde auf eine Änderung der Formulierung zu Top 4.3.3 „Neufassung der Kriterien für die Vergabe städtischer Wohnbaugrundstücke“ hingewiesen. In dieser Fassung wurde das Protokoll zur Genehmigung gestellt.

**Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

**4. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 26.06.2019****Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen  
Ja-Stimmen: 30 , Enthaltungen: 1

## **5. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten**

Bürgermeister Gerdesmeyer hielt folgenden Bericht: siehe Anlage

## **6. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses**

### **6.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses**

#### **6.1.1. Neubesetzung des Ortsbrandmeisters und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne Vorlage: 32/002/2019**

Allgemeiner Vertreter Kühling berichtet von der Vorberatung.

#### **Beschluss:**

Herr Peter Runnebohm wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die weitere Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne ernannt.

Herr Günther Burwinkel wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die weitere Dauer von 6 Jahren zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Südlohne ernannt

einstimmig beschlossen  
Ja-Stimmen: 32

### **6.2. Empfehlungen des Bauausschusses**

#### **6.2.1. Bebauungsplan Nr. 88 - 6. Änderung für den Bereich "Gewerbegebiet Brägel"; a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen b) Satzungsbeschluss Vorlage: 61/018/2019**

Bauausschussvorsitzender Bokern berichtete von der Vorberatung.

In der Aussprache wurde die zulässige Gebäudehöhe von 22m kritisiert und die niedrige Zahl an Wertpunkten für Kompensationsmaßnahmen hinterfragt.

Ein anderer Redner sprach sich im Interesse eines sparsamen Flächenverbrauchs für größere Gebäudehöhen aus.

Der Rat stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

**Beschluss:**

Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Stellungnahmen und der Abwägung der öffentlichen und privaten Belangen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan Nr.88 – 6. Änderung für den Bereich „Gewerbegebiet Brägel“ sowie die Begründung hierzu wird als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 27 , Enthaltungen: 5

**6.3. Empfehlungen des Finanzausschusses****6.3.1. Veräußerung von Hausgartenflächen am Hopener Waldbach  
Vorlage: 23/006/2019**

Ratsmitglied Sieveke nahm wegen Interessenwiderstreits an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Stellvertretender Finanzausschussvorsitzender Zobel berichtet von der Vorberatung. Der Rat stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

**Beschluss:**

Die Stadt Lohne veräußert den Grundstücksstreifen zwischen den Wohngrundstücken an der Bussardstraße – Sperberweg und dem Hopener Mühlenbach parzellenweise an die angrenzenden Eigentümer. Der Verkaufspreis beträgt 40€/m<sup>2</sup> und hat eine Gültigkeit bis zum 31.12.2021. Alternativ kann die Fläche bis zum 31.12.2021 zu einem Pachtpreis zu 1 €/m<sup>2</sup> angepachtet werden. Danach ist ein neuer Pachtpreis festzulegen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 26 , Nein-Stimmen: 2 , Enthaltungen: 3

**6.3.2. Beratung des 1. Nachtragshaushalts für das Jahr 2019  
Vorlage: 20/036/2019**

Stadtkämmerer Theder trug die Eckdaten des Nachtragshaushalts einschließlich der mit E-Mail von 22.10.2019 mitgeteilten Ergänzungen vor.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER- DIE LINKE sprach sich gegen den Nachtragshaushalt aus, weil seiner Ansicht nach Geld für Investitionen ausgegeben wird, welche die vorhandenen Probleme weiter vergrößern. In diesem Zusammenhang kritisierte er vor allem den geplanten Bau von Parkhäusern.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion lobte die gute Einnahmesituation, die der Politik zusätzliche Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig kritisiert er größere Projekte wie den Bau des Tanzhauses für „Stage 7“ aufgrund seiner Meinung nach fehlender Gleichbehandlung mit anderen Vereinen und die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen für ein Parkhaus am Krankenhaus, mit denen ein Parkhaus an dieser Stelle weiter verfestigt werde, obwohl die Zukunft des Krankenhauses selbst noch unklar sei. Diese Mittel könnten auch noch im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt werden, wenn zur Krankenhausthematik weitere Klarheit herrsche. Des Weiteren wies er auf einzelne Ansätze mit einem Volumen von über 1 Mio Euro und einen Beschluss des Rates aus dem Jahr 2017 hin, wonach für solche „Maßnahmen von erheblicher Bedeutung“ ein Wirtschaftlichkeitsvergleich anzustellen sei. Er kritisierte, dass ein solcher bisher zu keiner Maßnahme vorgelegt wurde. Er bat darum, zukünftig Wirtschaftlichkeitsvergleiche bereits im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung vorzu-

nehmen. Darüber hinaus kritisierte er Verpflichtungsermächtigungen für den Kauf von Wertpunkten für Kompensationsmaßnahmen. Er bat darum, auf die Einstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt zu verzichten, wenn kein konkreter Beschluss für eine Maßnahme gefasst wurde. Ergänzend wies der Sprecher der SPD-Fraktion darauf hin, dass die Finanzierung einer Krankenpflegeschule noch nicht geregelt sei. Er betonte, dass auch die SPD-Fraktion für eine Stärkung des Krankenhauses stehe.

Der Sprecher der CDU-Fraktion sprach sich für den Nachtragshaushaltsplan aus, da mit dem Geld sinnvoll und für eine gedeihliche Entwicklung der Stadt investiert werde.

Der Sprecher der Grünen wies darauf hin, dass viele Positionen im Haushaltsplan mitgetragen werden, der Haushalt aber auch Positionen enthält, die aus Sicht der Grünen mehr Schaden als Nutzen bringen. Da eine Abstimmung nur über den Gesamthaushalt möglich ist, werde seine Fraktion gegen den Nachtragshaushalt stimmen. Beispielhaft nannte er Haushaltsmittel für Grundstückserwerbe, für den Kauf von Wertpunkten für Ausgleichsmaßnahmen, die Vermarktung der ehemals Fläche Pundt/Schlarmann und das geplante Parkdeck an der Vogtstraße.

Bürgermeister Gerdesmeyer erinnerte an verschiedene Haushaltsansätze, wie die Ansätze im Bildungsbereich. Zur Ausschöpfung der Fördermittel aus dem Digitalpakt wies er darauf hin, dass diese gedeckelt sind. Die Stadt könne aufgrund ihrer umfangreichen Aktivitäten die Fördermittel voraussichtlich in vollem Umfang ausschöpfen, selbst wenn einzelne Maßnahmen nicht gefördert würden. Die Unterstützung des Vereines „Stage 7“ hielt er für richtig.

Zum Krankenhaus äußerte er die Einschätzung, dass die Planung des Neubaus frühestens in den kommenden 5 – 10 Jahren umgesetzt werde. Wenn so lange die Parkplatzsituation nicht angegangen werde, werde sich die Situation beim Facharztzentrum weiter verschärfen. Er gab zu bedenken, dass das Parkhaus auch für den Bedarf zunehmender E-Mobilität und individueller Mobilität gebraucht werde. Zum Parkdeck an der Vogtstraße äußerte er die Hoffnung auf Städtebaufördermittel.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE wies darauf hin, dass der Individualverkehr in allen Städten ein Problem sei, dem nicht mit weiteren Stellplätzen, sondern mit Veränderung in der Mobilitätsstruktur begegnet werden müsse. Zudem bezweifelte er, dass ein Parkhaus an dieser Stelle aufgrund dieser Verkehrssituation in der Lage sein werde, den zu erwartenden Individualverkehr zu bewältigen.

### **Beschluss:**

Die 1. Nachtragssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2019 wird in der vorliegenden Fassung einschließlich der mit E-Mail vom 22.10.2019 mitgeteilten Ergänzungen beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 22 , Nein-Stimmen: 10

### **6.3.3. Grundstückstausch an der Jägerstraße Vorlage: 23/028/2019**

Finanzausschussvorsitzender Sieveke berichtete von der Vorberatung.  
Der Verwaltungsausschuss stimmte dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses zu.

Die Ratsmitglieder Beckhelling, Runnebohm und Sandmann-Surmann hatten vorübergehend den Ratssaal verlassen.

**Beschluss:**

Der Flächentausch zur Grundstücksbeordnung kann erfolgen, so dass Herr Rohe für die abgegebene Mehrfläche zur Größe von ca.50m<sup>2</sup> einen Kaufpreis in Höhe von 105/m<sup>2</sup> an die Stadt zu zahlen hat.

einstimmig beschlossen  
Ja-Stimmen: 29

**7. Anträge, Anfragen und Anregungen****7.1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Bürgerservice-App (Anlage)**

SPD-Fraktionsvorsitzender Eckhard Knospe kritisierte, dass der Antrag für die Sitzung von der Verwaltung nicht vorbereitet wurde.

Bürgermeister Gerdesmeyer wies darauf hin, dass eine Entscheidung über einen Antrag ohne Vorberatung im Verwaltungsausschuss nicht getroffen werden könne. Der Rat entscheide ausschließlich darüber, wie mit dem Antrag weiter verfahren werde. Bei einem Verweis in einen Fachausschuss werde das Thema dann für eine Beratung über den Antrag von der Verwaltung aufgearbeitet. Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte anschließend den Antrag und bat um Zustimmung.

Allgemeiner Vertreter Kühling ging auf zu erwartende Änderungen aufgrund des Online-Zugangs-Gesetzes ein. Danach müssen Kommunen bis zum Jahr 2022 einen Großteil der Dienstleistungen auch im Internet, d.h. online anbieten. Dieses werde sukzessive ausgebaut. Vorbereitungen für die notwendige Software sowie die Kommunikationswege laufen derzeit. Er regte an, die gesamte Thematik „Digitalisierung der Verwaltung“ inklusive Mängelmelder und Bürgerservice-App im Finanzausschuss zu beraten, da dieses zukünftig auch zu höheren Aufwendungen für die technische Ausstattung führen wird.

Der Sprecher der CDU-Fraktion unterstützte diesen Vorschlag und beantragte die Überweisung in den Finanzausschuss.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung einer Anregungs- und Ereignismanagement-App (Bürgerservice-App) wird zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen  
Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

**7.2. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einwohnerfragestunde (Anlage)**

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte zur weiteren Beratung eine Verweisung in den Verwaltungsausschuss. Dazu sollten Informationen aus Nachbarkommunen zu deren Praxis hinsichtlich Einwohnerfragestunden vorgelegt werden. Eine abschließende Beratung soll anschließend im öffentlichen Teil einer Ratssitzung erfolgen.

Der Sprecher der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE wies auf das sehr komplexe Thema hin und regte eine vorherige Beratung in den Fraktionen und Gruppen an, um deren Stellungnahmen in die Beratung einzubeziehen. Dem schloss sich der Rat einstimmig an.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Einwohnerfragestunde wird in die Fraktionen und die Gruppe zur dortigen Beratung verwiesen. Anschließend erfolgt eine Beratung im Verwaltungsausschuss sowie im öffentlichen Teil der dann folgenden Ratssitzung. Hierfür wird eine Abfrage unter den Nachbarkommunen zu deren Praxis hinsichtlich der Einwohnerfragestunde vorgenommen.

einstimmig beschlossen  
Ja-Stimmen: 32

**7.3. Antrag der SPD-Fraktion betr. Berichtspflicht (Anlage)**

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass der Landkreis Vechta nach einem ähnlichen Antrag die Berichte der entsendeten Vertreter des Landkreises in Einrichtungen und Kommissionen schriftlich anfragt. Zur Information der Kreistagsmitglieder werden diese zusammengefasst und einem Protokoll anhängt. Er beantragte die Überweisung des Antrages in den Verwaltungsausschuss. Bürgermeister Gerdemeyer sagte hierzu eine Stellungnahme der Verwaltung zu.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD Fraktion auf Einführung einer Berichtspflicht für die entsendeten Vertreter der Stadt in Einrichtungen und Kommissionen wird zur Beratung in den Verwaltungsausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen  
Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

**7.4. Antrag der SPD-Fraktion betr. Sozialbericht (Anlage)**

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend Erstellung eines Sozialberichts wird zur Beratung in den Ausschuss für Jugend, Familien, Senioren und Soziales verwiesen.

einstimmig beschlossen  
Ja-Stimmen: 32

**7.5. Antrag der SPD-Fraktion betr. Citymarketing (Anlage)**

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Finanzausschuss.

Ratsherr Bruns hatte vorübergehend den Ratssaal verlassen.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Einführung eines professionellen Stadt-/Citymarketing zu beschließen, wird zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen  
Ja-Stimmen: 29 , Enthaltungen: 1

#### **7.6. Antrag der SPD-Fraktion betr. Existenzgründerprogramm (Anlage)**

Fraktionsvorsitzender Knospe erläuterte den Antrag und beantragte eine Verweisung in den Finanzausschuss.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion gab zu bedenken, dass im Hinblick auf die Sitzungsdauer nicht alle Anträge in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses abgehandelt werden können. Aufgrund der Haushaltsberatung für das Jahr 2020 sei bereits eine längere Sitzungsdauer zu erwarten. Er regte an, die Beratung über diesen Antrag in einer späteren Finanzausschusssitzung vorzusehen. Dem stimmten die Anwesenden übereinstimmend zu.

#### **Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion betreffend City-Marketing wird in einer nächsten Sitzung des Finanzausschusses beraten.

einstimmig beschlossen  
Ja-Stimmen: 31

#### **7.7. Antrag der Ratsgruppe LOHNER-DIE LINKE betr. Erlass einer Baumschutzsatzung (Anlage)**

Gruppensprecher Dr. Neubauer erläuterte den Antrag und beantragte für eine Beratung unter neuen Aspekten die Verweisung in den Bauausschuss, damit möglichst alle Gehölze einen Schutzstatus erhalten.

In mehreren Wortmeldungen wurde auf die intensive Beratung im Bauausschuss sowie die dort diskutierte Frage, ob eine Baumschutzsatzung zielführend sei, eingegangen. Hingewiesen wurde auf bereits bestehende Regelungen und die im Bauausschuss beschlossene Beauftragung der Verwaltung, Alternativmaßnahmen aufzuzeigen. Ein Sprecher regte an, die bereits bestehenden Regelungen, z. Bsp. die Pflanzgebote in Bebauungsplänen, stärker zu kommunizieren und die Bürger mehr für das Thema zu sensibilisieren.

Bürgermeister Gerdesmeyer gab zu Bedenken, dass es einen absoluten Schutz für alle Bäume nicht geben könne, weil bei Bedarf eine Interessensabwägung der unterschiedlichen Belange von Natur und Mensch vorgenommen werden müsse. Auch mit einer Baumschutzsatzung könne eine Abwägung verschiedener Belange nicht ausgeschlossen werden. Sie müsse ggfs. über Ausnahmegenehmigungen regelt werden.

Weitere Wortmeldungen bezogen sich auf das Verfahren. In der kontroversen Aussprache wurde auch auf die Regelung in der Geschäftsordnung des Rates hingewiesen, wonach Anträge auf Änderung oder Aufhebung von Beschlüssen früherer Sitzungen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden dürfen, wenn der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss empfohlen hat oder die Beschlussfassung nicht mehr als 6 Monate zurückliegt. Diese Frist sei in Bezug auf den Bauausschuss noch nicht verstrichen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellte ein Ratsmitglied einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung. Gruppenvorsitzender Dr. Neubauer hielt dennoch den Antrag auf Überweisung in den Bauausschuss aufrecht. Über diesen ließ der Ratsvorsitzende zuerst abstimmen.

Der **Antrag auf Überweisung in den Bauausschuss** wurde mehrheitlich abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen.

Anschließend wurde über den **Antrag auf Nichtbefassung** abgestimmt.

### **Beschluss:**

Dem Antrag auf Nichtbefassung nach § 8 Abs 1 Buchstabe e) der Geschäftsordnung wird aufgrund der Beratungen im Bauausschuss am 24.09. und im Verwaltungsausschuss am 15.10.2019 über den Erlass einer Bauschutzsatzung zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 19 , Nein-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 1

### **7.8. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Kommunalbericht (Anlage)**

Hierzu gab Allgemeiner Vertreter Kühling Auskunft.

Die Anfrage sowie die Antwort sind dem Protokoll als Anlagen beigefügt.

## **8. Einwohnerfragestunde**

### **8.1. Klimawandel**

Eine Einwohnerin wies darauf hin, dass ihrer Ansicht nach der Klimaschutz zu kurz käme, sie sich nicht vertreten fühle und fragte, wie man dem Klimawandel entgegenwirken wolle.

Bürgermeister Gerdesmeyer informierte über städtische Aktivitäten für den Umweltschutz. Dabei gab er zu bedenken, dass es stets Zielkonflikte gebe, bei denen die gewünschten Maßnahmen mit den Belangen von Natur- und Umweltschutz abgewogen werden müssen. Er bezeichnete den Klimaschutz als einen wichtigen Belang, der aber nicht der einzige sein könne, weil man sonst zu sozialen Verwerfungen käme.

Er versicherte, dass stets versucht werde, Eingriffe in die Natur - wie beispielsweise aktuell in einen Waldbestand im Zusammenhang mit der Verlagerung des Famila-Marktes - so gering wie möglich zu halten. Zur Information der Öffentlichkeit kündigte er an, in einer öffentlichen Bauausschusssitzung über die Aktivitäten für den Umweltschutz zu berichten. Er versicherte, dass mit den Natur- und Umweltschutzbelangen nicht leichtfertig umgegangen, sondern stets versuche werde, Kompromisse und Lösungen zu finden.

### **8.2. Famila-Markt**

Auf die Frage zur Zukunft des Famila-Marktes erläuterte Bürgermeister Gerdesmeyer, dass ein Fortbestand am derzeitigen Standort nicht gesehen werde. Im Ergebnis stehe die Frage im Raum, ob der Famila-Markt verlagert werden könne oder der Standort Lohne aufgegeben werde. Zur oft genannten alternativen Standortfläche neben der Firma Leffers erinnerte er an die problematische Verkehrsanbindung sowie negative Auswirkungen auf die Innenstadt. Für eine zusätzliche Belebung der Innenstadt verwies er auf das geplante Tanzhaus für „Stage 7“, das einen Treffpunkt auch für Jugendkultur bilden werde. In Wortmeldungen wiesen Einwohner darauf hin, dass dieses Tanzhaus auf dem für den Famila-Markt geplanten Standort in der Innenstadt gut untergebracht wäre und äußerten die Befürchtung, dass die Brockdorfer Bevölkerung dann zum Einkaufen nach Dinklage fahren werde, weil sie mit der geplanten Verlagerung des Marktes die Bahnlinie passieren müsste.

### **8.3. Versiegelung von Flächen**

---

Eine Einwohnerin wies auf eine Anregung des OOWV hin, Flächen tendenziell eher zu entsiegeln als weiter zu versiegeln. Sie fragte, welche Möglichkeiten hierfür gesehen werden.

Bauamtsleiter Kröger erläuterte, dass in Bebauungsplänen soweit wie möglich geregelt sei, dass Niederschlagswasser versickern solle. Hierzu stehe man im Gespräch mit dem OOWV, ob und wie eine höhere Versickerungsquote erreicht werden kann.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Ratsvorsitzender Bockstette bedankte sich bei den Zuhörern und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem alle Einwohner den Ratssaal verlassen hatten, wurde mit dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgefahren.

Tobias Gerdesmeyer  
Bürgermeister

Norbert Bockstette  
Vorsitzender

Cornelia Espelage  
Protokollführerin